

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 23. November 1932

Nummer 94

Scherben und Trümmer!

Die deutsche Baronsregierung hat erst am 17. November aus ihrer Niederlage bei der Reichstagswahl vom 6. November die Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten, nachdem sie während der letzten fünf Monate in angeblich gottgewollter „autoritärer“ Staatsführung nach besten Kräften bemüht war, dem „Wohlfahrtsstaat ein Ende zu bereiten“.

Schon die erste Notverordnung dieser von Volk und Parlament völlig unabhängigen Regierung schmälerte das jährliche Einkommen der Armen, der Arbeiter und der Arbeitslosen um 1½ Milliarden Mark. Es folgte die Salzsteuer und die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf durchschnittlich 9 M. in der Woche und auf den juristischen Anspruch von sechs Wochen. Das war der erste Papenstreich. Der zweite war die „Ankurbelung der Wirtschaft“. Zu diesem Zweck wurden noch gar nicht vorhandene Steuereinnahmen bis zum Jahr 1938 an die Reichen verschönt. Dazu Subventionen über Subventionen an die Großgrundbesitzer und Großindustriellen, insgesamt 3,3 Milliarden Mark. Aus dem „Wohlfahrtsstaat“ der republikanischen und parlamentarischen Regierungen und Vorgänger des Herrn von Papen wurde der Wohlfahrtsstaat der Reichen. Die Autarkie und die Fülle kamen ins Blühen und zur Keife, derart, daß das deutsche Volk jährlich etwa 4 Milliarden Mark mehr an erhöhten Preisen für Lebensmittel den oft-bisshin Produzenten in den nimmerjahren Kassen werfen muß. Die Politik der Autarkie führte zum Handelskrieg mit allen Abnehmerstaaten deutscher Industrieprodukte. Der deutsche Industriexport ist um 60 bis 70 Proz. seines früheren Umfangs und Wertes gefallen. Viele Tausende von deutschen bürgerlichen Existenzen sind vernichtet und viele Hunderttausende von Arbeitern liegen über das Maß der Wirtschaftskrise hinaus hungernd auf der Straße. Das ist das wirtschaftliche Ergebnis von fünf Monaten Papenherrschaft, die ein Blatt wie die „Königliche Zeitung“ bereits am 7. Oktober 1932 als „Amoklauf“ bezeichnete, der nur „Scherben und Trümmer“ hinterläßt.

Ist es anders in der Außenpolitik? Selbst das kaiserliche Deutschland war im August 1914 nicht so isoliert, wie das Deutschland des Herrn von Papen und der mit Hitlers Hilfe in die Macht gekommenen Nazibarone. Wenn damals die kranke und morsche Türkei die bereits in politischer Agonie schwebende habsburgische Monarchie ihr Schicksal in die deutsche Waagschale geworfen hatten, heute im Handelskrieg und in den außenpolitischen Zerungen und Wirrungen ist auf dem weiten Erdenrund kein Freund und Gönner Deutschlands zu entdecken. Scherben und Trümmer, wohin wir sehen!

Zu Bergen türmen sie sich in der Innenpolitik. Als Herr von Papen seine autoritäre Staatsführung, die Vernichtung der Demokratie und des „Marxismus“ verkündete, da hatte er wenigstens noch Beifall der gesamten deutschen Reaktion einschließlich der Braunen Häuser. Feierlich hatte ihm Hitler die Tolerierung versprochen. Als Gegengabe wurde das SM.-Verbot aufgehoben, wurden sich die Hitlerbanden mit neuen Tressen schmücken und den Bürgerkrieg beginnen. Wenige Wochen später mußte derselbe Papen gegen seine berühmten und vielgeliebten „nationalen und aufbauwilligen Kräfte“ die Sondergerichte arbeiten lassen, die dem Vertrauen des Volkes in die Justiz den schwersten Stoß versetzt haben. Was übrig geblieben war an Gefühl und Glauben an das Recht, wurde von der autoritären Regierung selbst verschönt. Die Art und Weise, wie dieser vieldeutige Staatsführer und ehemalige Kavallerieleutnant im Preußenkonflikt

das höchste deutsche Gericht behandelt hat, findet in der deutschen Geschichte nicht ihresgleichen. Dieses Kabinett der Barone war im besten Zug, siebzig Jahre deutscher Geschichte so auszulösen, als wären sie umsonst gelebt und alle Opfer und schmerzreiche Erfahrungen nutzlos gewesen. Es ist diese autoritäre Staatsführung, die den deutschen Arbeiter wiederum zu einem Bürger zweiten und dritten Grades erniedrigt und herabgesetzt hat. Mit salbungsvollen, sprachverdrehenden Redensarten wurde der Kampf gegen die Parteien zum höchsten Staatsprinzip verkündet, als ob die Parteien nicht den Willen, das Wollen und die Wünsche des Volkes, seiner Klassen und seiner Schichten verkörpert würden. „Gegen Parteigeismus“, heißt die hohe Papenphrase, um an Stelle des Parlaments die Dunkelkammer des Herrenklubs, an Stelle des Volkes eine Handvoll Großagrarien, Monarchisten und Bank- und Industriemänner zu setzen, denen der Staat als alleinige Domäne überlassen werden soll. Das ist es, was 90 Proz. des Volkes sowohl am 31. Juli wie am 6. November klar erkannt und zum Ausdruck gebracht haben, und alles, was Herr von Papen getan und geredet hat, war allein zu dem Zweck, diesen Willen des Volkes hinwegzublutieren und auszuarbidieren. Gegen dieses volksfeindliche und verächtliche Beginnen wendet sich heute der Jörn und die Empörung von 90 Proz. des Volkes und häuft zugleich einen Zündstoff, den niemand übersehen soll, der sich annahm, den Namen eines Staatsmannes zu führen. Herr von Papen und seine Barone sind über jedes Gefühl des Volkes für Recht und Gerechtigkeit hinweggestiegen. Sie haben die Freiheit, die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft wie einen feigen Papier behandelt. Sie haben die Beauftragten und politischen Vertrauensmänner von fünfzehn Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen wie Bezerber und Strafgefangene behandelt und damit ein Beispiel gegeben, von dessen Auswirkung und Anheil den Husarenleutnants und Korpsstudenten noch keine Ahnung gebämmert hat. Die autoritäre Regierung sieht sich als berufener Hüter des Christentums und der Kultur. Der Erfolg: daß alle Schläusen finsterner Reaktion und Untkultur geöffnet sind und daß der Glaube an eine fortschreitende und sittlich gebundene Entwicklung täglich mehr vertrieben wird und dahinschwindet. Trümmer und Scherben — das ist das Fazit dieser Herrschaft der Barone. Darum mußten sie abtreten. Aber noch am Grab pflanzen sie die Hoffnung auf, daß es für sie eine Wiederkehr gibt. Am diese Wiederkehr zu verhindern, muß auch das letzte Mittel recht sein!

Der bekannte Wirtschaftspolitiker des DGB, Fritz A p h t a l i, zieht folgende Bilanz aus der Tätigkeit des zurückgetretenen Kabinetts der Freiherrn und Barone:

Die Regierung Papen hat bei ihrem Antritt den Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat proklamiert, und man muß anerkennen, daß sie mit dieser Parole durch den Abbau der Arbeitslosenunterstützungen und durch die Kürzung der Renten der Kriegs- und Arbeitsinvaliden Ernst gemacht hat.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Antritt das Ende der Deflationspolitik verkündet, und sie hat es offenbar mit dieser Parole für vereinbar gehalten, nicht nur die Einkommen der Unterstützungsempfänger herabzudrücken, sondern auch eine Reihe von neuen staatlichen Maßnahmen zur Fortführung des Lohndrucks zu ergreifen, so daß das proklamierte Ende der Deflationspolitik in einer verschärften Senkung des Masseneinkommens zum Ausdruck gekommen ist.

Die Regierung Papen hat bei Beginn ihrer großen „kapitalistischen“ Offensive den Anschluß der deutschen Wirtschaftsbewegung an die weltwirtschaftliche Erholung proklamiert und sie hat eine Politik getrieben, die die Abperrung der deutschen Ausfuhr von den Auslandsmärkten auf diesen Gebieten verschärft hat. Gerade in dem Augenblick, in dem diese Bilanz zu ziehen ist, stellt ein für die deutsche verarbeitende Industrie so wichtiger Zweig wie der Maschinenbau fest, daß auf Grund der derzeitigen deutschen Handelspolitik die Beschäftigung für das Ausland im Maschinenbau stärker sinkt als die Inlandsbeschäftigung wächst. Aus der Gegenläufigkeit von steigenden Anfragen und sinkenden Bestellungen der Auslandsfundschaft ergibt sich, daß die Ausnutzung der günstigen Absatzmöglichkeiten für Deutschland, insbesondere durch die Kontingentierungspläne verhindert wird. Das ist der Anschluß an die Besserung der Weltmarktlage in der Praxis!

In der Tat ist das Kapitel der Kontingentierungspläne für die deutsche Lebensmitteleinfuhr die wirtschaftspolitische Meisterleistung der Freiherrnregierung gewesen. Hier hat man es fertig bekommen, um dem Drängen agrarischer Interessententeile nachzugeben, eine handelspolitische Abperrungspolitik anzukündigen, die man zwar gar nicht durchführen konnte, die deshalb auch nicht einmal einem engen Interessententeile auch bringen konnte, die aber schon allein durch ihre Ankündigung auf die fruchtlose europäische Rundreise der „Tomatenkommission“ für die deutschen Exportmöglichkeiten und damit für die Beschaffung deutscher Industriearbeit einen ganzen Haufen von Porzellan zer schlagen hat.

Während man so die Belohnung von industriellen Arbeitsmöglichkeiten durch handelspolitischen Anruf verhindert, suchte man auf der anderen Seite durch die großzügige Herausgabe der Steuergutscheine an die Unternehmer und durch die Gewährung von Einstellungsprämien mit weiteren Steuergutscheinen die große Ankurbelungsaktion durchzuführen. Das bisherige Ergebnis war kläglich. Auf Grund einer Statistik, die durch die verschärfte Aussteuerung von Arbeitslosen aus dem Unterstützungssystem die Zahl der Arbeitslosen herabdrückte, konnte man als bisheriges Gesamtergebnis die Verminderung um einige zehntausend Arbeitslose von dem Heer der 6 Millionen verkünden. Selbst wenn ein Teil dieser Besserung nicht nur statistisch, sondern echt ist, bedeutet das herzlich wenig. Es ist auch ein schwacher Trost, wenn man den günstigeren Verlauf der letzten Monate des Jahres 1932 den gleichen Monaten des Jahres 1931 gegenüberstellt, die Monate der ausgeprägten Krisenverschärfung nach dem Bankrott im Juli 1931 gewesen sind.

Bedenkt man, daß die mühselig errechneten Ankurbelungserfolge auf der anderen Seite erkaufte sind durch eine gewaltige Vorbelastung der öffentlichen Finanzen durch die Steuergutscheine in den kommenden Jahren, bedenkt man weiter, daß die Papenregierung selbst mit einer sicherlich zu bescheidenen Schätzung des Defizit des Reiches für das laufende Haushaltsjahr kürzlich auf 800 Millionen veranschlagen mußte, so wird man nur feststellen können, daß die Wirtschaftspolitik der Freiherrnregierung genau so zu einem Fiasko geführt hat wie ihre allgemeine „autoritäre“ Politik.

Fortschritte, Fortschritte von beachtlichem Umfang hat die Papenregierung nur auf einem wirtschaftspolitischen Gebiet erzielt, nämlich in der Erhöhung der Subventionen, die einzelnen Interessentengruppen aus dem großen Portemonnaie des Reiches gezahlt worden sind. Es ist kaum nötig, festzustellen, daß hier an der Spitze entsprechend den junkerlichen Beziehungen wiederum die Summen stehen, die der Erhaltung des Besitzes der Großagrarien dienen.

Geschenke für die Unternehmer, Lohndruck für die Arbeiter, Subventionen für die Großinteressenten, die am lautenst schreien, und Rentenführungen für die Ärmsten der Armen, dazu eine Handelspolitik, die, von nebehaftigen Nutarkevorstellungen beeinflusst, der Landwirtschaft nicht nützt, aber der Exportindustrie die Märkte verdirbt. So sieht die Politik einer Regierung aus, die ihr Mandat nicht vom Volk, sondern aus „höheren Sphären“ empfängt. Nach diesem Verlustabschluß kann die Sanierung nicht durch die Umschichtung des einen oder anderen Klubmitgliedes erfolgen, sondern wirksam nur durch eine Generalabkehr von dieser Wirtschaftspolitik der Junker und Barone.

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise

1. Die sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsämter berichten monatlich über die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen im Reich. Nach ihren Berichten soll die Arbeitslosigkeit seit Ende Februar d. J. etwa um 1 Million zurückgegangen sein. Die Arbeitsämter zählten nämlich am Monatsende:

Millionen Arbeitslose		Millionen Arbeitskräfte	
Februar	6,1	Juni	5,5
März	6,0	Juli	5,4
April	5,7	August	5,2
Mai	5,8	September	5,1

Etwa bis Ende Mai konnte es sich hier um eine saisonmäßige Erholung der Wirtschaft handeln. Seit Juni soll der konjunkturelle Umschwung eingetreten sein, und die Regierung bemüht sich, zu beweisen, daß dieser Umschwung auf den neuen politischen Kurs zurückzuführen ist, der durch die Wiederekehr des Vertrauens die Wirtschaftsbelebung erzielt hat.

Die amtlichen Meldungen über den ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit müssen aber das stärkste Mißtrauen erwecken: wären diese Behauptungen richtig, wäre wirklich die Arbeitslosenzahl in sieben Monaten um 1 Million zurückgegangen, dann hätten auch die Arbeiter etwas von diesem Ausschlag der Beschäftigung gespürt! Dies ist aber nicht der Fall.

Die gewerkschaftliche Arbeitsmarktstatistik läßt keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos:

In samtlichen Berufen		In der Konjunkturgruppe		In samtlichen Berufen		In der Konjunkturgruppe	
Proz.		Proz.		Proz.		Proz.	
Februar	44,9	35,7	Juni	43,6	37,0		
März	45,2	36,4	Juli	44,4	38,0		
April	44,5	36,7	August	44,5	38,1		
Mai	43,0	36,8	Septemb.	44,1	37,6		

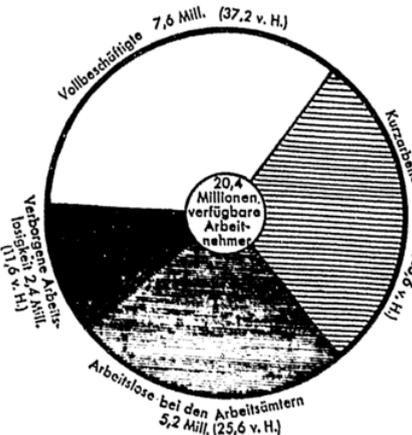
Die Monatsausweise der Arbeitsämter geben ein verschönerndes Bild der Lage des Arbeitsmarktes, weil sie nicht sämtliche Arbeitslose erfassen. Neben der offiziell anerkannten Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren eine unsichtbare Arbeitslosigkeit gebildet, um die sich die amtliche Statistik ebensov wenig kümmert wie die Arbeits- und Wohlfahrtsämter. Den allmählichen Aufstieg und die gegenwärtige Stärke dieses irregulären Arbeitslosenheeres kann man mit ausreichender Genauigkeit ermitteln, wenn man nicht von den Listen der Arbeitsämter, sondern von der tatsächlichen Zahl der Arbeitnehmer im Deutschen Reich ausgeht.

Im Juni 1925 fand in Deutschland eine allgemeine Berufsählung statt. Sie hat nachgewiesen, daß es im Reich rund 19,6 Millionen (beschäftigte und arbeitslos) Arbeitnehmer gab, und zwar:

- 14,4 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen,
- 3,6 Millionen Angestellte,
- 1,6 Millionen Hausangestellte.

Auf Grund der Angaben über die Bevölkerungsbewegung kann die Zahl der Arbeitnehmer für die nachfolgenden Jahre sorgfältig geschrieben werden. Das Statistische Reichsamt hat die notwendigen Berechnungen durchgeführt und ist zum Ergebnis gekommen, daß die Zahl der Arbeitnehmer Anfang 1928 20,7 Millionen, Anfang 1929

1. Gliederung der Arbeitnehmer in Deutschland im August 1932



21,0 Millionen, Anfang 1930 21,1 Millionen, Anfang 1931 ebenfalls 21,1 Millionen, Anfang 1932 21,0 Millionen und Anfang 1933 20,8 Millionen betragen soll.

Nach dieser Schätzung waren im August dieses Jahres rund 20,9 Millionen Arbeitskräfte vorhanden. Tatsächlich war aber die Zahl der Arbeitnehmer im Lande höher, weil die Krise Hunderttausende von früheren Selbständigen proletariert und in Arbeitnehmer — sei es arbeitslos — verwandelt hat.

Von der Zahl der Arbeitnehmer sind allerdings die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen abzuziehen. Nach der Statistik der Krankentassen waren im August d. J. 2,6 Proz. aller Versicherten wegen Erkrankung arbeitsunfähig. Der Wirtschaft standen also etwa 20 345 000 Arbeitskräfte (ohne den Zustrom der neuen Arbeitskräfte der proletarierten Schichten zu berücksichtigen) zur Verfügung.

Wie viele von ihnen waren regeltätig beschäftigt? Die amtliche Statistik nennt die Zahl: 12 755 000. Diese Zahl ist auf Grund einer ziemlich komplizierten Methode gewonnen. Die Zahl der gegen Krankheit pflichtversicherten Mitglieder der Krankentassen wird mit der Zahl nichtkrankenversicherungspflichtiger Angestellten in der Arbeitslosenversicherung zusammengezogen. Der Summe werden die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen und die von den Arbeitsämtern gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger abgezogen. Auf diese Methode kann man sich verlassen.

Jetzt können wir den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit ermeßen:

Verfügbare Arbeitskräfte	20 345 000
Beschäftigte Arbeitskräfte	12 755 000
Arbeitslose:	7 590 000

oder rund 7,6 Millionen. Wir hatten also im August nicht 5,2 Millionen, sondern etwa 7,6 Millionen Arbeitslose. Neben der offiziellen Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern besteht noch eine unofficial, unsichtbare, verborgene Arbeitslosigkeit, die etwa 2,4 Millionen Menschen umfaßt. Dieses zweite Arbeitslosenheer setzt sich aus Arbeitnehmern zusammen, die aus den Listen der Unterstützungsempfänger ausgesteuert sind und jede Hoffnung verloren haben, durch die Vermittlung des Arbeitsamtes zu Arbeit zu kommen.

Es gibt aber noch eine andre unsichtbare Arbeitslosigkeit — sie verbirgt sich hinter den Zahlen der Beschäftigten. Nach den Berichten der Gewerkschaften fanden im August 1932 39,4 Proz. ihrer beschäftigten Mitglieder in Kurzarbeit. Auf die Gesamtzahl der Beschäftigten bezogen, bedeutet dieser Prozentsatz, daß es im Land etwa 5,2 Millionen Kurzarbeiter gab.

Die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte gliederte sich also im Stichmonat wie folgt:

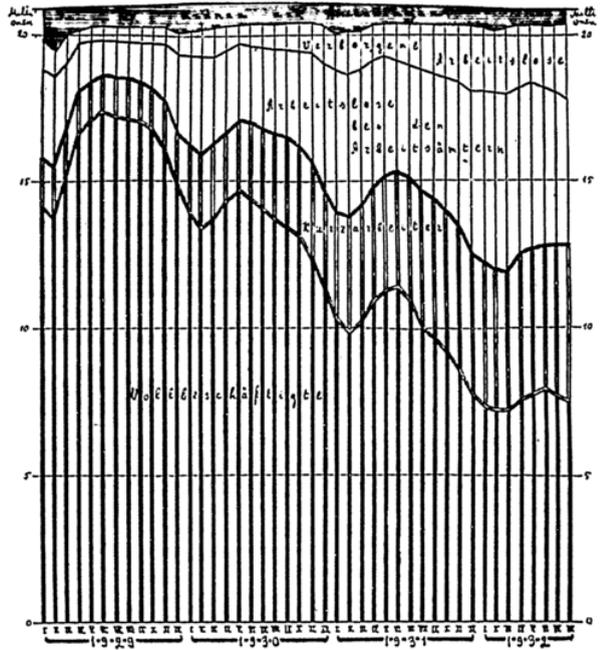
	Millionen	Proz.
Vollbeschäftigte	7,6	37,2
Kurzarbeiter	5,2	25,6
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	5,2	25,6
Verborgene Arbeitslosigkeit	2,4	11,6
Arbeitnehmer insgesamt:	20,4	100,0

Es gibt im Land etwa so viel Arbeitslose wie Vollbeschäftigte; die verfügbare Arbeitskraft, die einzige Quelle des Volksreichtums und -wohlstandes, wird etwa um 65 Proz. ausgenutzt (siehe Diagramm 1).

Diese katastrophale Lage hat sich allmählich entwickelt: seit Sommer 1929 sinkt ununterbrochen die Zahl der Vollbeschäftigten, während die Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen emporeisen. Hand in Hand mit der Verschlechterung des Unterstützungsrechts der Arbeitslosen steigt die verborgene Arbeitslosigkeit. Das Diagramm 2 gestattet, diesen Prozeß von Monat zu Monat zu verfolgen. Es zeigt, daß in diesem Fall keine Rede von zufälligen statistischen Unstimmigkeiten und Abweichungen sein darf. Die Zahlen, auf denen das Diagramm beruht, sind für jeden Monat genau auf dieselbe Weise berechnet worden, wie sie im Text für den Stichmonat August 1932 ermittelt worden sind. Selbstverständlich können sie nicht volle Genauigkeit beanspruchen, und es wäre nicht schwer, verschiedene Fehlerquellen zu nennen, die die eine oder andere Kurve des Schaubildes um ein paar Millimeter nach oben oder unten verschieben dürften. Es besteht aber eine eiserne Logik in der übereinstimmenden Abwärtsbewegung der drei Kurven, die auf dem Schaubild die vier Schichten der Arbeiter trennen: Vollbeschäftigte, Kurzarbeiter, Arbeitslose bei den Arbeitsämtern und verborgene Arbeitslose.

Die Kapitalisten nennen sich Arbeitgeber. Diese ihre Beziehung wird auch offiziell anerkannt. Sie sollen dem Volk die Arbeit geben. Dies ist die Vererdigung ihres Daseins und ihrer bevorzugten Stelle. „Wer Arbeit gibt, ist sozial“, schreibt die Regierungspresse. Unser Diagramm zeigt, wie die Kapitalisten diese ihre Pflicht dem Volk gegenüber erfüllt haben und wie sich das gesamte kapitalistische System in den letzten Jahren bewährt hat.

2. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Anfang 1929



Zum Subventionsproblem

Am Gabentisch des Staates — da sitzen sie alle, die Unternehmer in Industrie und Handel, die Scholbarone und die Bergwerksbesitzer, die Bankfürsten und die Großagrarien. Am Gabentisch des Staates sitzen sie alle — die Großen voran — und fordern ihr „Eißlein bei dieß“. Und Vater Staat läßt sich nicht lumpen: wer laut genug lamentiert und einigermaßen Verbindungen hat, dem wird auch aufgetischt, der bekommt auch Subventionen, nicht nur einmal, mehrere Male, jahrelang. Ein Subventionsraubrittertum hat sich herausgebildet — und die Großagrarien sind die edelsten dieser Junker.

Von diesem Subventions-Gabentisch des Staates sind allein in den Inflationsjahren Milliarden und über Milliarden an die deutsche Privatwirtschaft geflossen. Der Wege dazu gibt es ja so viele, die Formen, in denen der Staat Subventionen zu geben vermag, sind ja so vielfältig. Sowohl durch Einnahmen, wie durch Ausgabenpolitik des Staates bzw. seiner Finanzwirtschaft können sie gegeben werden.

Die bekannteste Form von Subventionen, die durch eine bestimmte Einnahmepolitik der Finanzwirtschaft gegeben werden, sind die Schugzölle. Schugzölle sind ein Einnahmemittel für den Staat; aber das ist nicht ihr eigentlicher Sinn. Ihr ökonomischer Sinn liegt vielmehr darin, daß sie bestimmte Wirtschaftszweige in ihrer Preisstellung schützen und ihnen dadurch — in Form des höheren Preisniveaus — Extraprofite sichern, die von der Verbraucherchaft getragen werden müssen. Allein auf dem Weg der Schugzölle hat die Industrie, hat aber in erster Linie die Landwirtschaft Hunderte von Millionen geschluckt. Aber nicht durch die Zollpolitik allein, auch durch Steuerergünstigungen und Steuererlässe sowie auch durch Steuererleichterungen und Tarifergünstigungen wird von der Einnahmeseite des Staates her die Privatwirtschaft subventioniert.

Nicht minder ins Auge springen die Subventionen, die durch die Ausgabenwirtschaft der Finanzwirtschaft gezahlt werden. Während es sich bei den Schugzöllen um Subventionen gänzer Gewerbezweige handelt, überwiegen im allgemeinen bei den auf der Ausgabe Seite der Staatskassen erscheinenden Subventionen die an einzelne Betriebe und Unternehmen. Auch hier sind die Formen mannigfaltig. Es kann sich um offene und um verdeckte Subventionen handeln. Offene und „echte“ Subventionen sind z. B. Geldleistungen an Privatwirtschaften, die ohne die Verpflichtung einer Gegenleistung gewährt werden, die also „verlorene Zuschüsse“ darstellen. „Verdeckt“ ist die Subvention dann, wenn mit bestimmten Unternehmen besonders günstige Lieferungsverträge (z. B. für Heeresmaterial) abgeschlossen werden. Nichtsdestoweniger ist auch in diesem Fall die Differenz zwischen dem normalen Marktpreis und dem im Vertrag zugewilligten Preis eine Subvention, die nur aus politischen Gründen verschütt wird. „Unecht“ ist die Subvention, wenn die Geldleistung den Subventionsnehmer entweder in seiner Dispositionsfreiheit einschränkt oder zu Gegenleistungen an den Staat verpflichtet. Nicht fest zu klassifizieren sind die Einfuhrprämien, Exportgarantien (z. B. die großen Ausfuhrgarantien), Kreditgarantien, langfristige Vorzugskredite, Kontingenterungen der Produktion (Zigaretten), die samt und sonders Subventionscharakter haben.

Man sieht aus dieser knappen Aufzählung, daß der Gabentisch des Staates mit allerlei schmackhaften Gerichten gedeckt ist, und daß es viele Stühle gibt, auf die man sich setzen kann, um davon abzubecken. Wenn man immer sagt, Subventionen würden zur unmittelbaren Förderung produktiver Leistungen gegeben — und wenn auch zweifel-

los die Subventionen dieser Art überwiegen —, so darf doch nicht vergessen werden, daß die deutsche Finanzwirtschaft auch zahlreiche Konjunkturbelastungen gegeben hat, man braucht nur an die fortdauernden Agrarsubventionen, vor allem an die Dörschüsse zu denken. Wir bezichtigen daher als Subventionen einfach mittelbare und unmittelbare Geldzuwendungen oder Zahlungserlasse an Erwerbswirtschaften oder Wirtschaftszweige, die durch eine Finanzwirtschaft erfolgen.

Subventionen sind heute eines der verbreitetsten und beliebtesten Mittel moderner staatlicher Wirtschaftspolitik. Die „Liebestätigkeit“ ist allerdings keine allseitige. Verständlicherweise erfreuen sich die Subventionen dort des besten Rufes, wo die Möglichkeit besteht, davon zu profitieren. Wenn daher seitens der Privatwirtschaft oftmals der Ruf erklingt: „Fort mit den Subventionen“, so ist das nicht immer ernst zu nehmen. Dieser Ruf verkommt meist dann, wenn man selbst auf einem der Stütze am Wesentlichsten des Staates Platz genommen hat. In der Arbeiterfrage wird mit Recht seit langem scharfe Kritik an der Subventionswirtschaft geübt. Dennoch hat es keinen Zweck, sich nur in lamentationen über die Tatsache der Subventionen zu ergreifen.

Die Subventionen sind eine Folge der modernen volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Entwicklung. Sie sind mit dem modernen Staat untrennbar verbunden. Einerseits ist das „Wachstum der Wirtschaft in den Staat“ festzustellen, die Tatsache, daß ein Volkseinkommen bestimmter Wirtschaftszweige oder großer Unternehmungen auch den Staat in Mitleidenhaft zieht. Es kann ihm nicht gleichgültig sein, wenn bedeutende Wirtschaftsteile zusammenbrechen, weil das auch breite Volksschichten in Not bringt. Geradezu klassische Beispiele hierfür sind die Bankensubventionen vom Vorjahr. Andererseits ist das „Wachstum der Wirtschaft“ zu beachten. In immer wachsendem Maß beschlagnahmt der Staat Teile des Volkseinkommens in der Form der Steuern für sich, Kapitalbildung, Produktion und Verteilung wird dadurch nachhaltig beeinflusst. Die im heutigen parlamentarischen System vielfach wechselnde und von keiner klaren Linie getragene Finanzpolitik führt dabei häufig Schäden in der Volkswirtschaft herbei, für deren Beseitigung in vielen Fällen die Form der Subvention gewählt wird. Demokratie und Parlamentarismus in ihrer bisherigen Form haben — angefaßt der heutigen Machtverteilung zwischen den Klassen — die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Einschränkung bestimmter Wirtschaftszweige auf den Staat und seine Veranschlagung geschaffen, so daß auch von hier aus die Tendenz zur Subventionspolitik gesteigert wird. Es muß zugegeben werden, daß sich in manchen Fällen eine Subvention geradezu als Gebot rationaler Finanzpolitik ergibt, wenn es sich nämlich um die Beseitigung mit Wahrscheinlichkeit vorübergehender Notstände handelt und die dafür auswendigerten Gelder einen geringeren Betrag ausmachen; als bei einem Nichtstehen zu erwartenden volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen (entfallende Steuereinnahmen) Wirkungen. Allerdings muß gleich hinzugefügt werden, daß Subventionen in den meisten Fällen nicht auf Grund derartiger kalkulatorischer Rechnungen, sondern meist in Verfolgung politischer Gedankengänge erfolgen. Häufig werden Subventionen mit sozial- und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen begründet, an denen auch die Arbeiterfrage interessiert ist. Bestes Beispiel hierfür ist die Mansfeld-Subvention.

Die Tatsache der Subventionen ist also fest und verankert mit unserer modernen Wirtschaftsentwicklung verknüpft. Nicht dagegen also sind die Hauptangriffe zu richten — obwohl es auch hier genügend Fälle gibt, in denen man sich mit Recht gegen die Gewährung von Subventionen

wenden muß —, sondern gegen die Methoden der Subventionsgewährung. Wirtschaftspolitisch und soziologisch wichtig ist nämlich, daß die Subventionen auf Grund von Wirtschaftsprinzipien erfolgen, die außerhalb der Grundzüge des kapitalistischen Wirtschaftssystems stehen und den Grundzügen der freien Marktwirtschaft ein anderes Wirtschaftsbild gegenüberstellen. Man kann das aber gefahrlos sowohl zur Erhaltung als auch zur Änderung der heutigen Wirtschaftsordnung. Und hier ist der Anknüpfungspunkt unserer prinzipiellen Kritik.

Heute werden nämlich die meisten Subventionen gegeben zur Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems! Darum stehen die „verlorenen“ Zuschüsse so stark im Vordergrund. Man denke nur an die großen Dörschüsse, an die Mansfeldsubvention, die Luftfahrtsubventionen, denke aber auch an die riesigen Banksubventionen, bei denen sich das Reich denkbar wenige Gegenleistungen gewähren ließ. Derartige verlorene Zuschüsse freilich fördern die Wirtschaftskraft des bestehenden Systems; aber sie stehen durchaus im Gegensatz zu sonstigen Grundzügen der Privatwirtschaft.

Den ökonomischen Tatbestand der „Subvention“ kann man nämlich in der ganzen Wirtschaft beobachten. Nur spricht man in der Privatwirtschaft nicht von „Subvention“, sondern nennt den trotz aller Unterschiede gleichen Tatbestand „Sanierung“, „Bergleich“, „Beteiligung“ oder „Kreditstiftung“. Wenn aber in der Privatwirtschaft ein Unternehmen „saniert“ wird, dann läßt sich der Teil, der diese Sanierung mit seinem Geld unternimmt, dafür reale Gegenwerte geben in Form von Übernahme von Aktien oder sonstigen Eigentumsrechten. Hier herrscht also das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Für die finanzwirtschaftlichen Subventionen ist nun genau daselbe zu verlangen! Es darf keine Subventionierung erfolgen, ohne daß sich der Staat dabei entsprechend seiner Hilfe Einfluß auf die Wirtschaftsführung Eigentums- und Mitbestimmungsrechte sichert. Das ist es, was seitens der Arbeiterschaft immer wieder zu fordern ist; denn nur auf diese Weise ist es möglich, die Subventionen als ein Mittel zu benutzen, die Wirtschaftskraft des Staates auszudehnen, vermehrten Einfluß auf die kapitalistische Wirtschaft auszuüben und sie allmählich auch von hier aus umzuwandeln zu helfen. Niemand darf sich am Wesentlichsten des Reiches niederlassen haben, der nach schmutzigen eigenem Maßstab aufsteht, ohne zu begreifen. Dieser Grundgedanke sozialistischer Subventionspolitik ist eindeutig und klar. Von hier aus sind die einzelnen Fälle der Subventionsgewährung zu beurteilen. Kf.

Starke Rückgang der Buchausfuhr

Die Handelspolitik der Baronsregierung gefährdet den deutschen industriellen Export nach dem Ausland. Wie verhängnisvoll sich die kurzfristigen Maßnahmen der Webersregierung, die auf die einseitige Begünstigung der Landwirtschaft unter Gefährdung der Industrie hinauslaufen, auf den industriellen Export auswirken, zeigt die Entwicklung der deutschen Buch- und Musiknotenausfuhr. Die Ausfuhr hat einen in der Nachkriegszeit noch nicht dagewesenen Tiefstand erreicht, und die neuesten Ziffern lassen erkennen, daß neue Schläge gegen die Buchausfuhr zu erwarten sind. Dabei sind die Absichten der Regierung hinsichtlich der Neugestaltung der Handelspolitik noch nicht in ihrem vollen Umfang in Wirklichkeit getreten. Sollten die Pläne der Landwirtschaft durchgesetzt werden, dann muß das eine Katastrophe für die industrielle Ausfuhr werden, und nicht zuletzt wird es gerade die Buch- und Musiknotenausfuhr sein, die davon betroffen wird.

Die wertmäßige Ausfuhr an Büchern und Musiknoten betrug von Januar bis September 1932 rund 27,2 Mill. M., gegen 36,7 Mill. M. in der gleichen Zeit des Vorjahres und 43,4 Mill. M. 1930. Gegen 1931 ist die Ausfuhr um 9,5 Mill. M. und gegen 1930 um 16,1 Mill. M. zurückgegangen. Dieser Verlust kommt auch in den mengenmäßigen Ausfuhrziffern zum Ausdruck. So führten wir von Januar bis September 1932 insgesamt 62.400 Doppelzentner Bücher und Musiknoten aus, gegen 61.000 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres und 67.200 Doppelzentner 1930. Der Rückgang beträgt gegen 1931 8600 und gegen 1930 14.800 Doppelzentner. Dieser starke Rückgang bedeutet Verschärfung der Krise auf dem Auslandsmarkt, Erhöhung der Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern und neue Beschlagnahmen aller sozialen Einrichtungen. Gerade das, was die Papentregierung vermeiden wollte, trat unter ihrer Herrschaft erst richtig in Wirklichkeit.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Buch- und Musiknotenausfuhr in den ersten neun Monaten 1932 in vergleichender Gegenüberstellung mit den Jahren 1931 und 1930. Die wertmäßige Ausfuhr betrug in 1000 M.:

	1932	1931	1930
Januar	8851	4052	4800
Februar	3921	4048	4071
März	3570	4782	5400
April	3882	4640	4844
Mai	2835	4080	4056
Juni	2718	3998	4393
Juli	2931	3910	4054
August	2404	3207	4187
September	2823	4069	5004

Die genaue Prüfung ergibt, daß in den letzten Monaten die Buch- und Musiknotenausfuhr um durchschnittlich 30 bis 40 Proz. ihres Wertes gegen 1930 gesunken ist. Weiter ist auffallend, daß der Monat September 1932 nur eine ganz geringe Steigerung der Ausfuhr gebracht hat, während in allen früheren Jahren dieser Monat immer eine spürbare Zunahme der Buchausfuhr aufwies. Hier zeigen sich bereits die Folgen der neuen Handelspolitik.

Die mengenmäßige Buch- und Musiknotenausfuhr entwickelte sich in der gleichen Gegenüberstellung wie folgt (in Doppelzentnern):

	1932	1931	1930
Januar	6750	6920	7426
Februar	6287	6612	7801
März	7193	7979	9163
April	6128	7440	7800
Mai	5593	6079	7328
Juni	5062	6102	6702
Juli	6718	6565	6904
August	4716	6498	6620
September	6089	7705	8104

Die Anrufbefehl der Wirtschaft wird also nicht mit Entschleunigung möglich sein, sondern nur mit einem tiefen industriellen Produktionsrückgang. Die Abschaffung des Ausfuhr- und Einfuhr- Die Abschaffung von Ausfuhr und Einfuhr führen, daß die Produktionsstätten zum Erliegen kommen. Das deutsche Buchgewerbe ist auf das Ausland angewiesen, wenn seine Leistungsfähigkeit voll ausgenutzt sein soll. Es hat sich vor und nach dem Krieg auf den Bücherexport umgestellt, seine Leistungsfähigkeit ist darauf eingerichtet. Wenn durch die verfehlte Handelspolitik, die nur noch agrarische Wünsche kennt, die Buch- und Musiknotenausfuhr gefährdet wird, dann steigt die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern noch mehr. Das Ausland ist nicht so aufnahmefähig, daß mit voller Leistungsfähigkeit gearbeitet werden könnte. Dazu ist erstens die Kaufkraft zu sehr geschwächt und zweitens die Arbeitslosigkeit zu groß. Auf jeden Fall bewegte sich die Handelspolitik der letzten Reichsregierung auch für das deutsche Buchgewerbe in gefährlichen Bahnen. E. W. N.

Das Weltbild Spinozas

Am 24. November 1632, also vor nunmehr 300 Jahren, wurde Benedict (ursprünglich Baruch) Spinoza in Amsterdam als Sohn portugiesischer Juden geboren. Eltern und Lehrer des aufgeweckten Knaben, der nach biblischen Brauch in der hebräischen Bibel, im Talmud und den rabbinischen Schriften Unterricht erhielt, sahen in ihm schon eine künftige Leuchte der Gottesgelehrtheit, hatten sich allerdings in dieser Annahme gründlich getäuscht.

Daß er in seinem tiefstürmenden Wahheitsdrang seine rabbinischen Lehrer durch Fragen und Einwände schon als 14jähriger in Verlegenheit versetzte, mochten sie ihm noch verzeihen, obwohl das orthodoxe Judentum jeglicher Philosophie in jenen Zeiten abhold war. Nicht aber verzieh man ihm, daß er, dessen Seele nach eigenem Geständnis die Liebe zur höchsten Weisheit, zur philosophischen Erfassung des Universums, erfüllte, aufhörte, die Synagoge zu besuchen und die Ritualgesetze zu beobachten. Noch bevor er diesen Brauch vollzogen hatte, lauerte ihm eines Abends ein Glaubensfanatiker auf und ließ einen Dolch nach seiner Brust. Spinoza wich dem Stoß indes aus, so daß er lediglich durch seinen Kopf ging. Das Amsterdamer Rabbinat erzwang seine mehrtägige Verbannung aus der Stadt und später suchte ihn die jüdische Gemeinde durch das lockende Angebot eines Jahresgehalts von tausend Gulden mühe zu machen. Er schlug es mit der mannhaften Bemerkung aus, daß er nichts davon wissen wolle, selbst wenn man ihm zehnmal mehr bieten würde; er sei kein Heuchler und lüde nicht Gold, sondern die Wahrheit.

So widerstand der große Denker allen an ihn herantretenden Lockungen und Versuchungen, wie überhaupt Bescheidenheit und Uneigennützigkeit und unbedingte Wahrheitstreue hervorragende Eigenschaften seines Cha-

racters waren. Er führte ein Leben von geradezu spartanischer Einfachheit; das Bedürfnis, allen Dingen auf den Grund zu gehen, war tiefer bei ihm ausgeprägt als sein persönliches und leibliches Wohl, und als genau vier Jahre vor seinem bereits am 21. Februar 1677 erfolgten frühen Tod Spinoza, der durch Glasfäden kimmerlich zur Prüfung seiner Bedürfnisse bestrich, schon der Würgeengel Tuberkulose gepackt hatte, schlug er eine Professur für Philosophie an der Universität Heidelberg, die ihn aller Sorgen entheben hätte, aus, weil er sich keinerlei Bedingungen unterwerfen wollte, die seiner christlichen Überzeugung Fesseln anlegten.

Vor dem Richterstuhl der Logik gibt es keine ewigen Wahrheiten, sondern allenfalls solche, die vor dem vernunftgemäßen Gebrauch seiner fünf Sinne bestehen können. Schon der griechische Weise Sokrates prägte ja das gedankentiefste Wort: panta rei — es ist alles im Fluß. Auch die Erkenntnistheorie von Karl Marx, der vielgestaltigste Marxismus, der vom Spinozismus entschieden befruchtet worden ist, darf niemals zum starren Dogmenglauben ausarten. Er muß vielmehr gleich einem aus sich rollenden Rad sich stets erneuern. Marx hat wohl mit prophetischem Seherblick die Entwicklung des Kapitalismus in seinen entscheidenden Phasen vorausgesehen, aber dem Geschlecht der Gegenwart bleibt es vorbehalten, die aus der Zeit bedingten Schlüsse daraus zu ziehen. Es ist der Grundirrtum des Kommunismus, daß er die Entwicklungsgesetze außer acht läßt.

Wie Karl Marx profitierten auch Lessing, Goethe, Immanuel Kant, der Philosoph Ludwig Feuerbach, der sich mit Kühnem Sprung über alles Abgegrabene hinwegsetzte, von den staats- und gesellschaftskritischen Ideen Spinozas. Aufstrebende, im Rahmen eines Feuilletons erscheinende auf alles eingehende, was von dem gigantischen Wert des großen Denkers gesagt werden könnte, obwohl

dies natürlich sehr dankbar wäre, muß ich mich auf einiges besonders Charakteristisches beschränken. Er war übergezeugt K e p u b l i k a n e r und hat dies auch offen und freimütig bekundet. Nach S c h w e g e r e spiegelte sich in Spinozas Leben überall die wolkenlose Klarheit und erhabene Ruhe des vollendeten Weisen: „Nüchtern, mit wenigem zufrieden, Herr seiner Leidenschaften, nie übermäßig traurig oder fröhlich, mild und wohlwollend, ein bewundernswert reiner Charakter, hat er die Lehren seiner Philosophie auch im Leben getreulich befolgt.“

Was Wunder, daß der Philosophie in seinem „Theologisch-politischen Traktat“ von der menschlichen Gesellschaft, d. h. dem Staat, absolute Denk-, Rede- und Pressefreiheit fordert. Begriffe, die unter der nunmehr gestirzten „autoritären Staatsführung“ faktisch aufs schwerste bedroht waren: „Gesetze, welche gegen Ansichten gerichtet sind, treffen nicht die schlechten, sondern die edlen Menschen. . . . Kann es ein größeres Unglück für den Staat geben, als wenn ehrbare Männer, weil sie anders denken und sich nicht verbeten können, wie Verbrecher des Landes verwiesen werden? . . . Gesetz also auch, die Freiheit der Meinungsäußerung f ü n n e t u n t e r d r ü c k t w e r d e n, s o w ä r e d i e n o t w e n d i g e F o l g e, daß die Menschen täglich anders reden als sie denken, wodurch notwendig die Treue, die dem Staat doch überaus nötig ist, untergraben und die verächtlichste Heuchelei und Treulosigkeit gehet würde, die Quelle des Betrugs und des Verderbens ist alle guten Werte.“ Selbstverständlich legte Spinoza dem Staat auch die Pflicht der Fürsorge für die Armen auf.

Spinoza war ungemein produktiv. Hier sei nur noch in großen Zügen auf sein philosophisches Hauptwerk „Ethik“ eingegangen, das erst nach seinem Tod in lateinischer Sprache erschien und in fünf umfangreichen Teilen auf alle Beziehungen des menschlichen Geistes eingestuft ist und mit erstaunlichem Scharfsinn auch die scheinbar nebenwärtigste

Joseph Bertrams letzte Fahrt

Wie aus der Nummer 92 des „Korrespondent“ bekannt wurde, starb am 10. dieses Monats der frühere langjährige Gauvorsitzer von Rheinland-Westfalen, Kollege Joseph Bertram. Das Begräbnis dieses verdientvollen Führers gestaltete sich zu einer würdigen Kundgebung des Verbandes. Vom Verbandsvorstand war der erste Vorsitzende erschienen, fast alle Gauen unseres Verbandes hatten durch Kränzchen der Trauer für diesen Mitstreiter Ausdruck gegeben, die Gaubezirke waren durch Delegationen fast restlos vertreten, auch eine Anzahl Ortsvereine hatten Vertreter entsendet, ferner nahmen noch mehrere auswärtige Kollegen, die dem Verstorbenen im Leben nähergetreten waren, an der Beerdigung mit teil. Vom Bezirksauschuß des DGB, war Reichstagsabgeordneter Bödler (Düsseldorf) anwesend, vom Ortsauschuß Gewerkschafts-Kreisobmann, vom Deutschen Buchdrucker-Verein Kreis II war eine Vertretung entsandt worden, und ferner waren die meisten Kölner freien Gewerkschaften durch Delegationen vertreten. Auch der Gesangverein „Gutenberg“, dessen Jubiläumsglied der Verstorbene war, gab ihm fast vollzählig die letzte Ehre. Die Kölner Kollegen waren, soweit sie sich von der Arbeit freimachen konnten, ebenfalls zugegen. Die Leichenhalle war durch die große Menge der Kränzchen in einen wahren Blumenhain verwandelt; die Kränze des Verbandes- und Gauvorsitzenden trugen Schleifen in den Buchdruckerfarben, die übrigen Kränze trugen fast reines Weiß in den Farben der Deutschen Republik. Die Trauerfeier in der Leichenhalle eröffnete der Gesangverein „Gutenberg“ mit dem Chor „Stumm schließt der Sängler“. Angehörige Kollegen und Freunde folgten dann dem Sarg zur letzten Ruhestätte des Verstorbenen. Am offenen Grab sprach zuerst Gauvorsitzer Lischner, der als langjähriger Mitarbeiter einen kurzen Lebenslauf des verstorbenen Führers zeichnete, ihn als stets aufrechten und für die Interessen der Kollegenschaft sich mit aller Kraft einsetzenden Kollegen charakterisierte. Durch ein schweres Leiden hatte der Verstorbene und mit ihm seine Angehörigen seines nur kurzen Ruhestandes nicht froh werden können. In seinem Sinne weiterzuarbeiten, sei unser Ziel für die kommende Zeit. Dann trat Verbandsvorsitzender Krauß an das Grab, um dem Verstorbenen im Namen des Verbandsvorstandes für seine Tätigkeit zu danken. Aber auch persönliche Freundschaft mit Joseph Bertram, dessen Tat und Stimme bei allen Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung waren, haben ihn und auch den Verbandsvorstand bewegt, bei der Beerdigung vertreten zu sein. Den Angehörigen gab er den Trost, daß neben ihnen viele Kollegen des Gaus Rheinland-Westfalen und darüber hinaus ganz Deutschlands um den so früh Entschlafenen trauern. Nachdem noch Kollege Treweiler namens des Gesangvereins „Gutenberg“ den Entschlafenen als steten Förderer der Buchdrucker-Sängerschaft geehrt und Kollege Valbus (Bonn) namens der Bezirksvereine ehrende Worte für den Verstorbenen gesprochen hatte, sang der Gesangverein „Gutenberg“ noch weitere Trauerlieder. Das Andenken an den Kollegen Bertram wird in den Annalen unserer Organisation und des Gaus Rheinland-Westfalen im besondern unauslöschlich eingetragen sein.

Korrespondenzen

Heutchen (Oberh.). Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 30. Oktober in Gletwisch statt. Kollege Lisch beglückte einmündig die Versammlung unseren Gauvorsitzenden Feige, der zum erstenmal im Kreis der Bezirkskollegen weilte. Ferner wurde bei der letzten Jahr verstorbenen Bezirkskollegen ehrend gedacht. Der Tätigkeits-

berichts des Vorsitzenden brachte leider keine erfreulichen Mitteilungen. Neben zwei Stilllegungen im Bezirk sind Kurzarbeit und verschiedene kleinere Differenzen zu verzeichnen. Die vielen kleinen Betriebe sind in tariffähiger und organisatorischer Hinsicht ein Hemmnis. Von der Papennotverordnung vom 4. September ist bisher im Bezirk von den Prinzipalen kein Gebrauch gemacht worden. In allen Bezirksorten war ein Ansehen der Arbeitlosen zu verzeichnen. Große Sorge bereiten die gänzlich ausgefallenen Kollegen. Es ist dieses Jahr nur in ganz geringem Umfang möglich gewesen, etliche von ihnen nur ganz kurze Zeit in Ausbildungsstellen unterzubringen. Der Bericht des Bezirkslehrgangsleiters zeigte, daß für die Lehrgänge viel geleistet worden ist. Die Erziehung der Lehrlinge gerade in den kleinen Betrieben verursacht viel Arbeit und Mühe. An die Kollegen richtete der Bezirkslehrgangsleiter die dringende Bitte, ihn mit allen Kräften bei der Lehrgangsarbeit zu unterstützen und im heranwachsenden Lehrling nicht den späteren Konkurrenten, sondern den Mitkämpfer von morgen zu sehen. Der Klassenbestand ist entsprechend den Mindereinnahmen immerhin noch als erfreulich zu bezeichnen. Nun erhielt Kollege Feige das Wort zu seinem Vortrag über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“. Er schilderte die Entwicklung der Wirtschaft von ihren Anfängen bis in die heutige Zeit und kam dann auf die gegenwärtige Krise zu sprechen. Schuld an dieser ist nur das bankrotte kapitalistische System, das auf der einen Seite Vorräte von Mais, Kaffee, Baumwolle usw. vernichtet läßt aus Profittgründen, während auf der andern Seite bitterer Not und Hunger nach diesen Artikeln herrsche. „Wahnsinnige Wirtschaftsführung“, dieser Satz bezeichnet treffend diese planlose Wirtschaft. Die Notverordnungen der Papierregierung zur „Ankurbelung“ der Wirtschaft werden durch die weitere Schwächung der Kaufkraft und durch den Einbruch in das Tarifrecht eine noch größere Verelendung in die breiten Massen bringen. Die Gewerkschaften haben in ihren „Gewerkschaftsforderungen an den Reichstag“ die Richtlinien zum Wiederaufstieg aus dem Massenelend aufgezeigt. Nur festestes Vertrauen auf ihre Führung kann uns über die gegenwärtigen Notzeiten hinwegbringen. Der Referent geistelte vor allem auch die demagogischen Methoden von ganz rechts und ganz links. Mit den Mitteln dieser Parteien wird die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse niemals sichergestellt. Am Schluß seiner Ausführungen richtete Kollege Feige einen Appell an die Kollegenschaft, zusammenzuhalten und das Vertrauen zu den Gewerkschaften zu bewahren, denn nur durch sie sei eine Sicherstellung des Tarif- und Arbeitsrechts und der Sozialversicherung zu erwarten. Reichler besaß solche diese Ausführungen. Kollege Feige hat sich sehr kurz gefaßt, aber inhaltsreicheres Material sehr gut eingefügt. Die Diskussionsredner waren mit den Ausführungen völlig einverstanden und geistelten die Papennotverordnungen, die alles andere seien, nur keine Besserung für die Arbeiterklasse brächten. Eine interne Aussprache über verschiedene Mißstände in Druckereibetrieben brachte eine lebhaftige Stimmung in die Versammlung. Mit dem „Freiheitsgug“ schloß der Vorsitzende die sehr angeregte verlaufene Versammlung.

Dresden. In unserer Versammlung vom 2. November referierte Stadtverordnetenvorsitzer Döhlisch über „Die kommenden Entschlafenen in Reich und Gemeinde“. Heute leben wir in einem System der Anarchie. Die Welt bietet alles im Überfluß und die Menschen leiden not. Der Umbau der gesamten Wirtschaft ist dringend notwendig und wäre möglich, wenn die Arbeiterklasse sich der Größe ihrer Macht bewußt wäre. 90 Proz. der Bevölkerung im Deutschen Reich sind Arbeiter und Schaffende, und nur ein kleiner Prozentsatz bildet die Schicht, die heute in Deutschland die politische Macht in der Hand hat. Der politische Kampf wird mit den verlogenen Mitteln geführt, der größte Schwindel findet in der Zeitgeist gläubigen Seelen, und es herrschen Verworfenheit und Dalklosigkeit in einem großen Teil der Bevölkerung, die kaum noch zu überbieten sind. Die organisierte Arbeiterbewegung muß heute einen gigantischen Kampf um die Wahrheit führen, der ihr von allen Seiten in furchtbarer Weise erschwert wird. Troßdem, und gerade deswegen, dürfen wir in unserm gerechten Kampf gegen Lüge und Umnachtung, gegen Vergiftung der

öffentlichen Meinung nicht erlahmen, und jeder Funktionär der Arbeiterbewegung, jedes Mitglied muß zum Agitator der freien Gewerkschaftsbewegung und der Sozialistischen Partei werden. Wir haben immer an den Bestand der Massen appelliert, für uns ist immer die Vernunft das Leitende gewesen; das hat geteilt, daß wir einen Kern in der Arbeiterbewegung besitzen, der allen Stürmen gewachsen ist. Die jetzt augenblicklich stärkste Partei (hoffentlich nicht mehr lange), die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, wie sie sich nennt, wendet sich nur an das Gefühl der Massen und hat, das muß zugegeben werden, glänzende Resultate damit erzielt. Dem Denken bietet das keine Überlassung, denn in Zeiten der Not, in Perioden, wo viele Menschen durch die Wirtschaftskrise in eine Verzweiflungstimmung getrieben worden sind, sind sie leicht geneigt, an Wunder zu glauben, an den starken Mann zu glauben, der imstande ist, alles Elend bannen zu können und sie von aller Not zu erlösen. Das ist nicht nur in Deutschland der Fall, sondern auch in anderen hochkultivierten Ländern beobachten wir derartige Erscheinungen, z. B. in Amerika, wo die Wundermittlung wahre Orgien feiert, wie der Redner an einigen Beispielen treffend nachweisen konnte. Es muß doch den einfachsten Arbeiter endlich einleuchten, daß dieses Elend, dieses Not, die heute herrscht, nicht ein einzelner, und wenn er noch so intelligent, noch so geistig hervorragender wäre, beseitigen kann, daß doch nur endlich den Massen klar werden müßte, daß der ganze Wahnwitz, ja Wahnwitz der kapitalistischen Wirtschaft, der die Massen bei vollen Scheunern hungern läßt, durch eine planvolle, sozialistische Wirtschaftsordnung abgelöst werden muß, um diesen Widerstand endlich zu beseitigen. Statt dessen laufen viele einem Menschen nach, der in seinem ganzen Leben in politischer Beziehung noch nicht das geringste geleistet hat, der auch wirtschaftlich gesehen, noch keinerlei Beweise für seine Tüchtigkeit erbracht hat. Die nationalsozialistische Bewegung ist ja auch nur geschaffen worden, um den vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeitermassen ein Paroli zu bieten, sie zu verwirren, zu schwächen und womöglich gar zu vernichten, um sie wieder besser, um sie vollkändig befähigen zu können. Die nationalsozialistische Bewegung ist zu dem Zweck untertütigt und gefördert worden von den „Mitgliedern“ und Gönnern, wie den Schwermühtigen Typen, v. Kirdorff, vom ehemaligen Kronprinzen, dem Prinzen Luwi usw., vom Shells-Konzern und andern mächtigen Konzernen. Diese Bewegung hat die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise und damit die Verzweiflungstimmung der Massen zu benutzen, um die immerhin gewaltige deutsche organisierte Arbeiterbewegung zu zerpfücken und unwirksam zu machen. Das aber soll und darf diesen Leuten nicht gelingen. Die organisierte Arbeiterklasse hat schon wiederholt bewiesen, daß in ihr lebendige Kräfte vorhanden sind, die erst recht durch den gewaltigen Abwehrkampf wirksam werden. Wir wissen, daß sich die nationalsozialistische Bewegung nicht mit einem Mal beseitigen lassen wird. Aber wir wollen durch Auffklärung dafür sorgen, daß es trotz alledem auch in Deutschland wieder vorwärts geht. Hierbei mitzuhelfen sei allen heiligste Pflicht. Freiheit! Sechs Kollegen beteiligten sich an der getauften recht kritischen Debatte, davon zwei, Redner, im kommunistischen Sinn. Im Schlußwort ging der Referent auf die Debatte näher ein. Kollege Schumann behandelte dann unter „Verbandsangelegenheiten“ kurz einige Vorkommnisse, Kollege Schöberle gab Aufklärung über eine Affäre in der Ortskrankenkasse. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden der vorgerückten Zeit wegen auf die nächste Versammlung verschoben.

Essen. (Handfeger.) Auch wir Essener Handfeger ließen den Appell der Zentralkommission nicht achtlos verhallen, sondern hielten am 16. Oktober eine Versammlung ab. Erschienen waren etwa 50 Kollegen, denen Kollege Strahmann (Köln) den Werdegang und den Wert der Handfegerpartei in seinem Referat recht gut vor Augen führte. In der regen Diskussion ergänzte besonders Kollege Bronner die Ausführungen des Referenten. An einigen Beispielen bewies er, wie notwendig es ist, den Handfegern die Kenntnis ihres Tarifs, insbesondere der Anlage A, zu vermitteln, damit die Kollegen auch Gebrauch von ihren tariflichen Rechten können. In dem

Frage in den Kreis seiner Betrachtungen einbezieht. Nichts zeigt klarer und eindeutiger die Dialektik des Denkens als die Gründlichkeit, mit der er an die Probleme herangeht. So umfaßt dieses Fundamentarwerk die gesamte Philosophie und behandelt im ersten Teil das Universum. Im zweiten Teil geht es auf das Denken, die verschiedenen Arten der Erkenntnis, Wahrheit und Irrtum, das Verhältnis von Geist und Körper ein. Fühlen und Wollen oder die Affekte (zurückzuführen auf die drei Grundaffekte: Liebe, Haß, Begierde) finden ihren Niederschlag im dritten, die Macht der Affekte über den Menschen im vierten und die Macht des Menschen über die Affekte im fünften Teil.

In wunderbarer poetische Form goß Goethe in seinem „Faust“ die Lehre Spinozas:

„In Lebensfluten, im Totentum walt ich auf und ab,
webe hin und her!
Geburt und Grab, ein ewiges Meer, ein wechselnd Weben,
ein flüchtend Leben!
So shall ich am tausenden Wechsel der Zeit und wirde
der Wohlthat lebendias Reid.“

„Es gibt keinen freien Willen“, sagt Spinoza, und er begründet das damit, daß jede Wirkung — auch der Wille ist letzten Endes eine Wirkung — eine Ursache haben muß. „Frei heißt, wer nach seiner Natur allein handelt; unfrei, wer unter dem Einfluß anderer handelt. Freiheit und Notwendigkeit schließen daher einander nicht aus.“

„Es geschieht in der Natur nichts, was ihr als Fehler angerechnet werden könnte. Denn die Natur ist immer dieselbe, und ihre Kraft und ihr Vermögen zu wirken ist überall gleich.“

„Möchte ich Haß gegen ein Objekt, dessen Einwirkung man sich entziehen kann.“ — „Der Geist ist bestrebt, so viel er vermag, das vorzustellen, was das Tätigkeitsvermögen des Körpers vermehrt oder fördert. Wenn der Geist etwas vorstellt, was das Tätigkeitsvermögen des Körpers ver-

mindert oder hemmt, so ist er bestrebt, soviel er vermag, sich solcher Dinge zu erinnern, welche die Existenz von jenem ausschließen.“ — „Die Erkenntnis des Guten und Schlechten ist nichts anderes als der Affekt der Lust oder Unlust, sofern wir uns deselben bewußt sind.“

Suche deinen Nutzen! Denn: „Abjolut aus Tugend handeln ist nichts anderes in uns, als nach der Leitung der Vernunft handeln, leben, sein Sein erhalten, aus dem Grund, daß man seinen eignen Nutzen sucht.“ oder, auf deutsch gesagt, alle Handlungen unterläßt, die dem wahren Lebensglück abträglich sind. — „Nur von dem, was in Wahrheit zur Erkenntnis führt, oder uns an der Erkenntnis hindert, wissen wir gewiß, daß es gut oder schlecht ist.“

„Wahrlich, nur ein finsterner und trübseliger Überglaube verbietet, sich zu erheben. Denn weshalb sollte es sich weniger geziemen, den Trübsinn zu verschmeißen, als den Hunger und den Durst zu vertreiben?“

Prophetisch verkündet der große Philosoph — mancher nennt ihn den größten — auch den Wert organisatorischen Zusammenstufes, eine Erkenntnis, die 200 Jahre später folgerichtig in den Sozialismus mündete: „Mögen daher die Satiriker die menschlichen Dinge verlassen, so viel sie wollen, und die Theologen sie verdammen, mögen die Melancholiker ein ungewisses und bauerliches Leben preisen, so viel sie können, die Menschen verachten und die Tiere bewundern: sie werden dennoch die Erfahrung machen, daß die Menschen durch wechselseitige Hilfeleistung ihren Bedarf sich viel leichter verschaffen, und nur mit vereinten Kräften die Gefahren, von denen sie überall bedroht sind, vermeiden können.“ Oder, konkreter ausgedrückt, an einer andern Stelle der „Ethik“: „Es ist den Menschen vor allem nützlich, Verbindungen einzugehen, und sich durch solche Bande aneinanderzuschließen, durch welche am ehesten alle zur Einheit werden.“

Mit diesen Proben mag es sein Bewenden haben. Sie allein liefern aus der Fülle des Schaffens Spinozas schon einen erfreulichen Einblick in die Klarheit seines Geistes, die Reife seiner Handlung, die Lauterkeit seiner Gesinnung. Weil wir das aber wissen, und weil von dem Glasfächer-Philosophen von Münsterbam eine Leuchte ausging, die Jahrzehnte überdauert und deren Spuren uns auf Schritt und Tritt bei allen unsern Lebensäußerungen begleiten, ja die ihre gewaltige Ausdrucksform in kulturbedingten Wollen des klassenbewußten Proletariats finden, hat gerade die Arbeiterklasse allen Anlaß, Spinozas als eines unsers größten Denker zu gedenken. Seyte er doch das Populär der Vernunft an die Stelle der Barbarei, hob er doch die Liebe auf den Thron und zog das scharfe Schwert seines Geistes wider alle Dämonen der Finsternis. Das satte Birgerturn um Hugenberg und seine großmütigen, aber blutleeren und hirnlosen Lakaien um Siller, die sich anmaßen, mit dem morrischen Kreis ihrer Talmiweisheit der aufwärtsstrebenden Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nehmen zu können, haben kein Recht und kein Mandat, sich eines Götzenkulten, wie Spinoza es war, zur Rechtfertigung ihrer Handlungsweise zu bedienen. Denn bei aller friedfertigen Gesinnung, die ihm eignete, hätte er doch bald instinktiv herausgefunden, daß wahre Kultur aus den Tiefen des schaffenden Volkes strömt, das im gefunden Glauben an große Taten auch den unverkennbaren Willen entweckt, die gesamte Menschheit ohne Ansehen der Person für ihre Erfüllung empfänglich und reif zu machen.

Wer sich näher mit dem Spinoza-Studium befassen und so sein Weltbild willkommen bereichern möchte, findet im Reclam-Verlag wohlfeile Übersetzungen von Spinozas Werken.

R ü n b e r g.

A r t u r S t a h l.

Schluswort des Vorliegenden Heftes kam auch die Freude darüber zum Ausdruck, daß sich zehn Kollegen neu zur Sparte bekamen. Aber jetzt heißt es, weiter nachhaken, weiter werben, damit die Handfegerpartei auch zu dem wird, was sie sein soll: Eine Säule des Verbandes, eine Stütze der Kollegen.

Kassel. (Handfeger.) Unre Gründungs- und Werberversammlung fand am 15. Oktober statt. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Vorliegenden erklärte dieser die Zeit des dreißigjährigen Bestehens der Sparte und wies darauf hin, wie wenig Verständnis die Handfeger für ihre Sparte zeigen gegenüber den andern Bruderparten. Mehr denn je mühten wir heute in der Sparte sowohl als auch im Verband zusammenzuhalten. Hierzu erhielt der Referent, Kollege S. Barthelemy, das Wort zu seinem Referat: „Handfegerpartei und Erwerbslosigkeit“. In seinem guten Referat schilderte er die Arbeitslosigkeit der Handfeger seit dem Bestehen der Sparte. Ebenfalls streifte er das Verhältnis zu den andern Sparten. Ferner erwähnte er, daß in Zukunft der Handfeger umlernen müßte, um das Einbringen Berufs-fremder, wie Graphiker und Photographen, zu verhindern; auch die Eignungsprüfungen müßten verschärfert werden. Im Schlußwort forderte er alle Kollegen auf, zu werben für die Sparte, um alle Handfeger zu überzeugen, daß sie Mitglieder der Sparte sein müssen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Aus der regen Aussprache war zu erhellen, daß alle mit den Ausführungen des Referenten zufrieden waren. Der Vorliegende dankte dem Referenten und gab ihm einige freundliche Abschiedsworte mit auf den Weg zu seinem Kurort nach Bernau. Mit der Bekanntgabe einiger lokaler Mitteilungen fand die Versammlung ihr Ende.

Köln. Nach widerspruchsfreier Genehmigung der Abrechnung vom dritten Quartal 1932 und einmütiger Entlastung für Kollegen M ein h o l beschäftigte sich in unrer Bezirksversammlung am 5. November unser zweiter Gauvorsitzer, Kollege F e t t e, in einem Vortrag mit den inhaltsschweren und bei näherem Zusehen arbeitserfindlichen Notverordnungen vom 4. und 5. September d. J., die die Aufhebung der Wirtschaft zum Ziel haben, jedoch in ihren materiellen Auswirkungen sich zweifellos als Giftschneise an die Unternehmer entpuppen, während die graumale Gehälter der Not der Arbeiter durch sie nicht gelindert wird. Darüber äußerten sich auch alle Regierungen und Regierungen nicht hinweg. An einigen stiftungsmäßigen Beispielen konnte der Redner das Geschäft der Unternehmer durch die Steuererleichterungen und die Entlassungsprämien demonstrieren. Wie da von einer voraussetzungslos merkwürdigen Entlastung des Arbeitsmarktes gesprochen werden kann, bleibt das Geheimnis der Papenbarone. Es dürfte nun doch auch bald für diese Leute erkennbar sein, daß ohne Hebung der Kaufkraft der breiten Massen Not und Verzerrung wächst und der Kampf um tägliche Brot gesteigert wird. Zum Schluß beschäftigte er sich mit der Entfaltung der Gewerkschaften zu den Notverordnungen unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung vom 4. Oktober d. J. betreffend die Preisbestimmungen der Gewerkschaften. Auch diese Verordnung ändert an ihrer inneren Wirkung nichts. Kollege F e t t e verstand es, seinen Vortrag vor allem aufklärerisch zu gestalten. Mit Interesse folgten ihm die Kollegen und dankten durch herzlichen Beifall. Sein Bekenntnis zur Demokratie als Antidemokratie waren für einige Kollegen Anlaß, nach Fehlern der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zu suchen, um sie mit für die jetzigen Verhältnisse verantwortlich zu machen. Mit seinen Ausführungen über die Notverordnungen waren sie überwiegend einverstanden. Die Aussprache war trotz des stark umstrittenen Stoffes faßlich und von Scharfen frei; man war für Massenaktionen der Arbeiter, und der Wunsch der Einheitsfront lag stark durch. Kollege F e t t e unter suchte in seinem Schlußwort die einzelnen Vorwürfe und die Ursachen der Verheerung, die stets der Reaktion zugute kommt. Er mußte den Kollegen der Massenaktionen und Einheitsfrontbildung erklären, daß bei der heutigen Einstellung der KPD, ihrer Verheerungs- und Zerstückelungspolitik und ihrer absoluten Abhängigkeit von Rußland an eine Einheitsfront der Arbeiter vorerst nicht gedacht werden könne. Notwendig sei, den Mut aufzubringen, den Kri tikern, die die Zerstückelung der Gewerkschaften wollten, entgegenzutreten. Wir alle sollten Propagandisten der Tat werden. Die Verhältnisse zwingen die Gewerkschaften, eine Politik der realen Tatsachen zu treiben, um die Arbeiter in eine bessere Zukunft zu führen.

Königsberg i. Pr. (Handfeger.) Am 11. Oktober referierte im Rahmen der Werberwoche für die Handfegerpartei der Vorliegende der Zentralkommission, Kollege F i e d l e r, in einer allgemeinen Mitgliederversammlung über das Thema „Verband und Sparte“. Eröffnet wurde die Versammlung durch zwei Gesangsvorträge der „Typographia“. Nach der Begrüßung durch den Ortsvereinsvorsitzenden dankte der Vorliegende der Gauvereinsvorsitzenden der Zentralkommission für die anerkennenswerte Berücksichtigung der Mitglieder der Sparte in der Proving durch die Entsendung des Referenten. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Anwesenden, die allen Sparten angehörten, mit großem Beifall aufgenommen. Er trat der vielfach verteilten Auffassung entgegen, die Sparten wären überflüssig, indem er nachwies, daß zwischen Verbandsvorstand und Zentralkommissionen eine scharf umgrenzte Arbeitsverteilung besteht. Bei einem Zerbrechen der Sparten würde der Verbandsvorstand bei dem jetzigen Stand der Gewerkschaftsbewegung derart mit Arbeit überlastet sein, daß dieser Zustand sich zu einer Katastrophe auswirken würde. Die Handfegerbewegung in diesem Zusammenhang gesehen, ist eine Notwendigkeit. Kollege F i e d l e r gab dann eine statistische Übersicht über die Entwicklung der Sparten im Verhältnis zum Stand der heutigen Technik. Er führte aus, daß die Zentralkommissionen untereinander in diesem Einvernehmen arbeiten und daß es unverständlich sei, wenn in einzelnen Orten zwischen den Sparten eine unliebsame rivalität besteht. Der Vortragende schloß mit der Aufforderung, sich in den einzelnen Berufsgruppen zusammenzuschließen, wobei er einen besonderen Appell, sich zu organisieren, an die Handfeger richtete.

K. Mannheim-Ludwigshafen. (D u e r.) Unre W a n d e r v e r s a m l u n g für die Bezirke Mainz, Wiesbaden und Darmstadt, die am 9. Oktober in Mainz stattfand,

erfreute sich eines außergewöhnlich starken Besuchs. Die gastgebenden Mainzer Kollegen gaben sich alle Mühe, um die auswärtigen Kollegen nach alter Buchdruckerart zu begrüßen und zu erfreuen. Neben Kollegen grüßte am Eingange des Tagungslokals eine Druckfahnenmappe mit Motiv, bloß und Bleistift. Das Gesangsquartett „Gutenberg“ Mainz sang vor Eröffnung eines stimmungsvollen Chors und legte hier den Gästen eine schöne Probe seines Könnens ab. Um 2 1/2 Uhr konnte unter Kreisvorsitzender D r t h (Mannheim) die Versammlung eröffnet werden. Begrüßungsworte der Vertreter des Verbandes und der Sparten wurden entgegengenommen. Kollege D r t h gab einige geschäftliche Eingänge bekannt und machte längere Ausführungen über die Wirtschaftskrise und den dadurch erfolgten Niedergang in unserem Gewerbe. An Hand einer Statistik gab er Zahlen über die Arbeitslosigkeit der letzten zwei Jahre in unserm Kreis bekannt. Die Wirtschaft, die im „Drucker“ in Buchform von den fünf süddeutschen Kreisen herausgegeben wird und die Einheitszurichtung in Wort und Bild illustriert, empfahl er den Kollegen besonders. Die Krise in der Weltwirtschaft und die damit verbundene Arbeitslosigkeit bringt ein Minus des technischen Könnens der Kollegen mit sich, und so ist es mehr denn je Aufgabe der Sparten, die Kollegen, die dem Produktionsprozeß entzogen sind, mit den beruflichen Neuerungen wie auch mit dem Fortschreiten der Technik bekanntzumachen. Kollege D r t h mahnte alle Kollegen, der Sparte treu zu bleiben und mitzuarbeiten an dem Werk, zum Wohl unrer Sparte und nicht zuletzt auch zum Nutzen unrer Gesamtorganisation. Die Aussprache wurde von den Kollegen mit großer Leidenschaft für unre Ideen durchgeführt. Eine kleine Geschäftsordnungsdebatte folgte der Aussprache über diesen Punkt. Kollege F i c h t l e r (Mannheim) referierte darauf über „Spiele, ihre Ursachen und Beseitigung“. Er führte die Mängel, die sich jedem Drucker entgegenstellen, allen vor Augen und machte in geschickten Worten den Kollegen verständlich, auf welche Arten diesem Übel abgeholfen werden kann. Die Aussprache brachte den Anwesenden noch manche Anregung, ebenso auch die Schlußworte des Referenten. Der Beifall wie auch der Dank des Vorliegenden zeugten dafür, daß alle Anwesenden mit dem Referenten einig waren. Eine technische Anfrage wie auch Ausführungen über die Einheitszurichtung lösten noch eine lebhafte Debatte aus. Kollege F i c h t l e r und D r t h gaben in allen Fragen Auskunft. Kurz vor 6 Uhr fand die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung ihr Ende. — Unre zweite W a n d e r v e r s a m l u n g, die für die Bezirke Neustadt und Kaiserslautern am 23. Oktober in Neustadt stattfand, war mäßig besucht. Mit Bedauern mußten wir feststellen, daß die Kollegen von Kaiserslautern überhaupt nicht vertreten waren. Dank gebührt den Neustädter Kollegen, die fast vollständig der Versammlung beiwohnten. Kollege S t i c h (Neustadt) begrüßte sie namens des Bezirksvereins und wünschte der Tagung guten Verlauf. Auch hier referierten die Kollegen D r t h und F i c h t l e r. Wie nicht anders zu erwarten war, kam es hier unter Punkt „Technisches“ zu einer regen Aussprache über M. K. 3. und Marzigo-Kraftzurichtung. Während die Neustädter Kollegen in Marzigo ziemlich einge arbeitet sind und sich für die der mechanischen Zurichtung eintreten, machten die Kollegen vom Kreisvorstand auf die Vorteile und Arbeitsweise der M. K. 3. aufmerksam. — Unr abschließend an diese Versammlung teilnahm die „Kraftzurichtung“ in Neustadt Reichsbannerlokal, wo bis zur Abfahrt des Kreisvorstandes noch einige gemüßliche Stunden verlebte wurden.

Wüzburg. (Handfeger.) Unre allgemeine V e r s a m l u n g am 15. Oktober hatte einen guten Besuch aufzuweisen. In seinen Begrüßungsworten forderte Kollege K o t t m a n n alle diejenigen Kollegen, die noch nicht der Sparte angehören, auf, das Verläumte nachzuholen und als Mitglied der Handfegerpartei für unre besonderen Interessen einzutreten. Anschließend gab dann Kollege K o t t m a n n Bericht von der fünften bayerischen Handfeger-Vorstandskonferenz, auf welcher die Fragen, die uns Handfeger besonders beschäftigen, die Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung, die Maternangelegenheit und Anlage A des Tarifs, den Hauptteil der Beratungen einnahmen. Eine rege Aussprache rief dieser Bericht hervor, wodurch das große Interesse der Anwesenden Kollegen an diesen Fragen bekundet wurde.

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ausgenommenen Statistik über den A r b e i t s l o s t a n d Ende O k t o b e r 1932 (herausgegeben am 18. November) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Bürgerarbeiter am Ende des Monats	
	Okt. 1931	Okt. 1932	Okt. 1931	Okt. 1932
Buchdrucker	31,9	36,7	17,0	19,0
Typographen u. Steinbrücker	38,2	45,9	21,5	20,3
Graphische Hilfsarbeiter	32,9	34,8	18,9	17,8
Buchbinder	32,7	43,0	32,8	25,8

Was bringt die Bildergilde Gutenbergs Neues? Im Herbstquartal hatte die Bildergilde Gutenberg einen großen Erfolg mit ihren Veröffentlichungen, unter denen der Roman „Therese Stienne“ von John Knittel einen besonderen Platz einnahm. Auch die Bilder des vierten Quartals dürfen auf größtes Interesse rechnen. Der Roman „Der Streit“ ist die Arbeit eines jüdischen Dichters, der uns mit der frühen proletarischen Bewegung seiner Heimat vertraut macht. In gewisser Weise wird dieses Buch historischen Charakters ergänzt von dem Gegenwartsroman „Kasse im Kampf“, der sich mit den aktuellsten Problemen unrer Zeit befaßt und dessen besonderer Wert darin besteht, daß er die gesellschaftlichen Ursachen aller Weltkrisen und Charaktere einleuchtet. Aus der fremdsprachlichen Literatur bringt die Bildergilde diesmal das entzückende Buch „Die Komödie der Tiere“, Tiergeschichten, die den großen Romanpreis der französischen Akademie erhalten haben. Die Reihe der populärwissenschaftlichen Bücher wird mit

dem Werk „Der weiße Magnet“, einer Geschichte aller Nordpolforschungen bis in die jüngste Gegenwart, fortgesetzt. Daneben erscheint wieder ein neuer „Rad-Donnerstag“-Band: „Das Wort der Männer“, und schließlich bringt die Bildergilde als Weihnachtsbuch den Roman „Die Scholle“ von Ibanes, mit vielen Bildern, zum Vorzugspreis von 1,60 M. heraus. Alle diese Bücher sind vorbildlich ausgestattet. Die Bildergilde, die zur Zeit eine größere Werberaktion veranstaltet, konnte diese bessere Propaganda machen, als viele Bücher herauszubringen.

Neugründung eines völkischen Buchhändlerverbandes. Nach einer Weidung des „Berliner Tageblatts“ ist in Leipzig vor kurzem ein Verband „deutscher Buchhändler“ gegründet worden. Der neue Verband ist „scharf national“ eingestellt und nimmt als Mitglieder nur „rein deutsche“ Buchhändler auf. Es sollen eine eigene Zeitschrift und eigene Adressbücher der „deutschen“ Verleger und Sortimenter herausgegeben werden. Ein Mitgliedsbeitrag wird, wie es heißt, für diese völkische Konkurrenz des Börsenvereins der deutschen Buchhändler nicht erhoben.

Fahrpreiserhöhung für Jugendbanderungen. Im April d. J. hatte die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft eine neue Ausführungsbestimmung zur Fahrpreiserhöhung für die Jugendpreise festgelegt, die bis zum 31. Dezember dieses Jahres Geltung haben sollte. Hiernach ergab sich: 1. der halbe Fahrpreis ist mindestens für sechs Erwachsene zu zahlen; 2. zugelassen mit gleicher Ermäßigung ist für fünf bis neun Jugendliche ein Führer und für je weitere neun Jugendliche, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, noch ein Führer. Die volle Ausnutzung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung ist also gewährleistet bei einer Mindestteilnehmerzahl von fünf Jugendlichen und einem erwachsenen Führer. Eine Fahrpreiserhöhung tritt aber auch dann ein, wenn die Gesamtteilnehmerzahl der Gruppe geringer als sechs ist, z. B. wenn die Gruppe aus vier Jugendlichen und einem Führer besteht. In diesem Fall muß die Gruppe aber nach der Tarifbestimmung den halben Fahrpreis für sechs Erwachsene zahlen. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat, den Wünschen der Jugendverbände nachkommend, diese Neuregelung auch für das Jahr 1933 in Geltung belassen.

Lohnpolitische Kämpfe der freien Gewerkschaften in den Jahren 1930 und 1931. Nach den Feststellungen des I D G B hatten die ihm angeschlossenen Verbände Ende 1930 für 9,8 Millionen Arbeitskräfte 11 283 und 1931 für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen. Zur Verbesserung, Erhaltung oder Abwehr von geplanten Verschlechterungen der in diesen Verträgen geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen mußten die Gewerkschaften in den Jahren 1930 und 1931 15 298 Kämpfe führen, an denen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Diese Bewegungen hatten folgende Ergebnisse: es wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für 364 901 Personen um 1 018 398 Stunden pro Woche, für 452 588 Personen im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 1,70 M. pro Woche; für 1 959 763 Personen eine Verbesserung sonstiger Arbeitsbedingungen. In vielen Betrieben war es möglich, die von den Unternehmern beantragten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren. So wurde für 33 548 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von insgesamt 1 421 053 Stunden pro Woche abgewehrt. Die abgewehrte Lohnzurückzahlung betrug im Durchschnitt pro Woche 4 M. für 8 922 254 Personen. Die Verschlechterung sonstiger Arbeitsbedingungen konnte für 1 317 512 Personen verhindert werden. Im Kampf mit dem Unternehmer kam es bei diesen Bewegungen in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten zur Arbeitsseinstellung. In Kosten verurteilten die Bewegungen insgesamt 17,7 Mill. M., die Streiks und Aussperrungen allein 15,1 Mill. M. Diese Erfolge, die inmitten der schwersten Krise des letzten Jahrzehntes unter denkbar ungunstigen politischen Machtverhältnissen erreicht wurden, widerlegen das demagogische Geschwätz, daß die Gewerkschaften „verjagt“ hätten.

Neue der Nazis über ihre aktive Teilnahme an Arbeitskämpfen. Es war ein erpörender Anblick während des Berliner Verkehrstreiks, Nazis und Kommunisten als Streikposten nebeneinander stehen zu sehen, der eine dem anderen nicht recht traute. Beide Parteien hatten das Feuer angeblasen, um daran ihr Parteilippen zu fochen. Nachdem jedoch die besten Freunde der Nazis im Unternehmerlager abzuspinnen drohen infolge der aktiven Teilnahme der Nazis an Arbeitskämpfen, wird scheinlich ein Frontwechsel vorgenommen. Hierfür einige Beispiele. Der NSDAP-Führer Engel schreibt in Nr. 1 des Nebenmaterials der NSDAP: „Wir lehnen es ab, mitzukämpfen, wenn die KPD nur einen Reststreik angezettelt. Wir halten es für ein Verbrechen, Arbeiter in den Streik zu ziehen, wenn nicht die geringste Aussicht auf Erfolg besteht.“ Das eigene Organ der NSDAP, die „Nationalzeitung“, setzte kürzlich auseinander, daß die organisatorische Zukunftsaufgabe darin bestehe, die jetzigen 12 Millionen nationalsozialistischer Wähler fest in den Rahmen hitlerischer Anmachungen einzufassen. Dann heißt es: „Wenn diese 12 Millionen ganz davon erfüllt werden, daß auch im Kampf gegen die Reaktion ein Zusammengehen mit dem Marxismus auch bei wirtschaftlichen Kämpfen gar nicht in Frage kommen kann, daß vor allen Dingen ein Zusammengehen in einer proletarischen Front mit Sozialdemokraten und Kommunisten niemals in Frage kommen kann, dann wird auch mancher Spielbürger, der in den letzten Wochen es mit der Angst zu tun bekommen hat, weil die NSDAP ihr Bekenntnis zum Sozialismus, zum deutschen Sozialismus, in die Tat umzusetzen begann, die Semmungen überwinden, die ihm eine jüdisch geleitete Propaganda in den letzten zwei Monaten gewissermaßen aufgepredigt hat.“ Meinungen ändern sich, aber Prinzipien niemals!

Die Weltarbeitslosigkeit. Wenn man die Industriestaaten der Welt nach der Arbeitslosigkeit registrieren will, so erhält man nachstehende Reihenfolge: Arbeitslose in Prozent der Gesamtbevölkerung waren vorhanden in USA, 9,2; Deutschland 8,5; Danzig 7,6; Großbritannien 6,2; Österreich 5,8; Saargebiet 4,9; Tschoslowakei 4,0; u. W. Die geringsten Arbeitslosen haben Agrarstaaten wie Estland, Lettland, Finnland und Jugoslawien. Frankreich liegt mit 2,7 Arbeitslosen über Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und Ungarn. Gegen 1931 hat sich das Gesamtbild sehr verschoben.

Übersehung des Einzelhandels. Der Einzelhandel wird als eine Zustufsstätte für alle möglichen Leute angesehen. Viele Abgebauter, die über einige Mittel verfügen, versuchen sich mit Handelsgeschäften aller Art zu betätigen. Das ist eine Wahrnehmung, die in fast allen Ländern gemacht wird. So ist nach der Zeitschrift des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser die Zahl der Einzelhandelsbetriebe in Wien trotz einer ungefähren 20prozentigen Verminderung der Bevölkerungszahl in der Nachkriegszeit auf etwa das Dreifache angewachsen. Ähnliche Wahrnehmungen können überall gemacht werden. Zwischen Produktion und Verbrauch schließt sich eine immer größere Zahl von Leuten, die eine Existenz in der Warenvermittlung zu finden suchen. Die Übersehung des Handels verfeuert den volkswirtschaftlichen Apparat. Die Hand- und Kopiarbeiter vermögen dieser ungehenden Entwicklung Einhalt zu gebieten, indem sie sich den Konsumgenossenschaften anschließen und um deren Erhaltung und Ausdehnung bestrebt sind.

Berichtigung. Zu unserer Notiz „Interessante Vorgänge in einem Großverlag“ in Nr. 92, deren Inhalt mit einem Artikel des „Deutschen“ entnommen hatten, ging uns von dem angegriffenen Verlagsleiter Droste des Düsseldorf-Industrieerlags folgende präzisierende Berichtigung zu: „Es ist nicht wahr, daß das Aktienkapital der Industrie-Verlag und Druckerei AG, von einem großindustriellen Konsortium gegründet worden sei. Wahr ist vielmehr, daß das Aktienkapital nicht von einem großindustriellen Konsortium gegründet ist. Es ist nicht wahr, daß von dem Aktienkapital nur 2.000.000 M. eingezahlt worden sind. Wahr ist vielmehr, daß vor Ausbruch der Krise im ganzen 4.000.000 M. eingezahlt waren. Die restlichen 2.000.000 M. sind laut Beschluß des Aufsichtsrats vom 14. Mai 1931 eingezahlt worden. Es ist nicht wahr, daß das Aktienkapital in einer kürzlich einberufenen Generalversammlung von 6 Mill. M. auf 2,3 Mill. M. zurückgesetzt ist. Wahr ist vielmehr, daß in einer Generalversammlung am 25. Oktober 1932 unter Benützung der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Kapitalherabsetzung in einfacherer Form das Aktienkapital der Gesellschaft von 6.000.000 M. auf 2.100.000 M. zurückgelegt wurde. Es ist nicht wahr, daß diese Kapitalzusammenlegung zu einer heftigen Kritik an der Leitung des Industrieerlags geführt habe. Wahr ist vielmehr, daß überhaupt keine Kritik geübt wurde, daß vielmehr die Vorschläge des Vorstandes ohne Debatte angenommen wurden. Es ist nicht wahr, daß Herr Droste, der Leiter des Industrieerlags sich recht böse Worte sagen lassen mußte. Wahr ist vielmehr, daß Herr Droste keine bösen Worte gesagt wurden. Es ist nicht wahr, daß Herr Droste sich ein Gehalt von über 10.000 M. pro Monat ausgezahlt hat und daß auch die Spingehälter der jährlichen Abteilungsleiter und Chefredakteure außerordentlich hoch waren. Wahr ist vielmehr, daß das Gehalt des Herrn Droste immer ganz wesentlich niedriger gewesen ist und daß auch die Gehälter der übrigen Herren nicht außerordentlich hoch waren und sind. Es ist nicht wahr, daß die kontrollierende Bank hier einen mächtigen Strich mit dem Postfiskus gemacht hat. Wahr ist vielmehr, daß eine Bankkontrolle überhaupt nicht besteht und daß eine Bank überhaupt keine Striche gemacht hat. Es ist nicht wahr, daß Herr Droste in den letzten Jahren ganz nach dem Muster seiner schwerindustrialen Freunde gelebt und durch riesige Privatausgaben auch die Mittel des Verlags aus höchste angepaßt hat. Wahr ist vielmehr, daß die Mittel des Verlags durch Entnahmen des Herrn Droste in keiner Weise angepaßt worden sind, daß Herr Droste vielmehr ein Guthaben beim Verlag unterhält. Es ist nicht wahr, daß Herr Droste in Spannungen mit seinen Aktionären geraten sei. Wahr ist vielmehr, daß solche Spannungen nicht bestehen. Es ist nicht wahr, daß man sich im Reich bereits nach einem Nachfolge für ihn umsehen. Wahr ist vielmehr, daß Herr Droste, der am Unternehmen selbst maßgebend beteiligt ist, seinen Posten weiter beibehält.“

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

eine Neubildung des Kabinetts haben noch kein endgültiges Ergebnis zeitigt. — Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, hat der Reichspräsident eine Notverordnung erlassen, die die Frage der Teilung der Gewalten zwischen dem Reichspräsidenten und dem preussischen Staatsministerium „regelt“. — Die Geltungsdauer der Verordnungen des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November d. J., die bis zum 19. November befristet war, ist durch Verordnung bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November d. J. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlverfahren zugelassen sind, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich stattfinden. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, im Reichstag Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni über Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und vom 4. und 5. September über die Befreiung der Wirtschaft und Vermehrung der Arbeitsgelegenheit einzubringen. Weiter hat die Fraktion gegen die Verschleppung des von ihr eingebrachten Volksbegehrens auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September protestiert. — Die Wahlen zum Folketing (Reichstag) in Dänemark brachten der Regierung Stanning und der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Mit 76 von 149 Mandaten besitz die sozialistische Regierung im Parlament die Mehrheit.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats. Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen follekalen Herkunft (d. h. Vereins-, Vorbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen follekalen Herkunft (d. h. Vereins-, Vorbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen follekalen Herkunft (d. h. Vereins-, Vorbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Der Verband

für das vierte Quartal hat begonnen. Wir bitten, alle ausstehenden Bestellungen an uns zu übermitteln, damit die Zustellung der Bücher rechtzeitig vor Weihnachten erfolgen kann.

Büchergilde Gutenberg, Berlin

Für Drucker

Oggenalapparat 0,90 M.
Kotory 0,90 M.
Oggenalapparat 0,90 M.
Das Buchstaben 1,80 M.
Das Buchstaben 2,00 M.
Die Legelöhner 0,90 M.
Schuldrucken 2,50 M.
Die Zurechnung 0,90 M.
Druckfarben, Blinde 3,15 M.
Schuldrucken 0,90 M.
Spiele 0,90 M.
Wo muß der Drucker von Wolven, Farbwerk, Aufzug und Zurechnung wissen? 0,90 M.
Zurechnung und Druck 0,90 M.
Verlag des Bildungsbundes der D. D., Ombd., Berlin SW 61

Schriftschreiber

Ich suche heute noch für jeden Buchdrucker wichtig; deshalb sollte er es nicht verpassen, an den fernkaufen d. Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 teilzunehmen.

Seitenmaß

Am 18. November verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenstecher

Nikolaus Wagner

19 Jahre alt. Wie verlieren einen lieben und tüchtigen und hilfsbereiten Kollegen. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren O. v. D. Ombd. (Gaden).

Wintelhafen

Schiffe, Regellen

Walebälge

Verlag des Bildungsbundes der D. D., Ombd., Berlin SW 61

Anzeigen

Schriften Einflößen, Vervielfältigen, Füllmaterial, Formate u. Unterlage liefert fast alle, München 9, Kolumbusstraße 1.

Wachsbänder Verlag des Bildungsbundes der D. D., Berlin SW 61 Dreilindstraße 5.

Schiffe Schiffe, Regellen, Wachsbänder, Maschinenband liefert Karl Glegl, München 9, Kolumbusstraße 1.

Nachruf

In München vorstarb am 17. November nach kurzer, schwerer Krankheit

Frau Anna Seif, geb. Endres

im Alter von 65 Jahren.

Die nun heimgegangene Gattin unseres vor vier Jahren verstorbenen vorzüglichen Verbandsvorsitzenden Joseph Seif war ihm in langjährigem Eheband eine allzeit treustehende Lebensgefährtin, die noch in vorgeschrittenen Jahren ihre geliebte bayerische Heimat mit Berlin verbanden mischte. Von dem schweren Schlag des plötzlichen Hinscheidens ihres Mannes hat sie sich wohl nie mehr ganz erholen können. Die Unterzahnärztin sowie alle Freunde und die Bewohner des Berliner Verbandshauses werden der Verstorbenen, die am letzten Sonntag an der Sella ihre Gallen auf dem Waldfriedhof in München bestattet wurde, stets ein freundliches und ehrendes Gedanke bewahren.

Berlin, 21. November 1932.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Der Vorstand des Bildungsbundes.

Albert Gneiling

aus Kirchheim u. Teck, im Alter von 68 Jahren. Wir verlieren in dem Dahinscheidenden einen aufschätzlichen Freund, der schon in jungen Jahren bahnbrechend für die Organisationsumflechten des Verbands tätig war. Ein ehrendes Andenken werden wir ihm allzeit bewahren. O. v. D. Kirchheim u. Teck.

Otto Volkhoff

Am 17. November verstarb an den Folgen einer Operation nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher 1732 im 60. Lebensjahr. Mit ihm ist ein aufrechter, treuer Mitarbeiter von uns gegangen, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. Ouderdereeren der freien Stadt Danzig.

Richard Danc

Am 15. November verstarb unser lieber Kollege, der Korrektor 1734. Mit ihm ist ein aufrechter, treuer Mitarbeiter von uns gegangen, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. Ouderdereeren der freien Stadt Danzig.

Karl Ammon

Am Montag, 14. November, verstarb plötzlich im 60. Lebensjahr der Seherinvalide 1737. Nach 24jähriger Beschäftigung in der Buchdruckerei trat er vor drei Jahren in den Ruhestand. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Die Verbandsmitglieder der Buchdruckerei, Berlin.

Max Enzjo

Gute die wünschenswerten Beweise unserer Teilnahme, Freundschaft und Kollegialität sowie für die unsern lieben Entschlafenen. Ouderdereeren der freien Stadt Danzig.

Ernst Sefer

Am 16. November verstarb nach kurzem Krankheitslager an Lungenerkrankung unser lieber Kollege, der Seher 1731 im Alter von 22 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Ouderdereeren der freien Stadt Danzig.